

## **Koalition von SPD und CDU: Wer „Verantwortung für Brandenburg“ übernehmen will, muss junge Menschen und die gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit stärken**

**Der Koalitionsvertrag von SPD und CDU in Brandenburg steht unter dem Leitmotiv „Verantwortung für Brandenburg“. Aus Sicht des Landesjugendrings Brandenburg gehört dazu insbesondere die Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen. Dieser Anspruch bleibt im Vertrag jedoch deutlich hinter den Erwartungen junger Menschen zurück.**

Wir begrüßen, dass Jugendverbandsarbeit im Koalitionsvertrag als wichtiger Bereich der Jugendhilfe anerkannt und weiterhin im Landesjugendplan berücksichtigt wird. Gleichzeitig bleibt die Finanzierung auf dem bisherigen Niveau. Durch Tarifsteigerungen und Inflation bedeutet der Haushaltsansatz von 2026 für den Doppelhaushalt 2027/28 faktisch eine Kürzung der gesamten Jugendverbandsarbeit, die nur durch Stundenreduzierungen oder Stellenstreichungen ausgeglichen werden könnte. Ohne eine Dynamisierung zentraler Förderinstrumente wie des Landesjugendplans droht eine schleichende Abwertung bestehender Strukturen.

Auch auf einer inhaltlichen Ebene zeigen sich positive Ansätze für die Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, die jedoch einer Konkretisierung und sichtbaren Verbindlichkeit bedürfen.

Der Landesjugendring fordert die zukünftige Landesregierung daher auf, mit Mut und Verlässlichkeit das Aufwachsen junger Menschen in Brandenburg zu stärken und unser Bundesland zukunftsfähig und gemeinschaftsfähig auszurichten.

### **Außerschulische Bildung als eigenständigen Bildungsbereich anerkennen**

Der Koalitionsvertrag enthält im Bereich der außerschulischen (politischen) Bildung positive Signale, etwa die Betonung von Generationengerechtigkeit, die Anerkennung von kultureller Bildung, Vereinsleben, Sport und Jugendbildungsangebote als Bestandteil einer gelingenden Bildungsbiografie oder die Stärkung der Gedenkstättenarbeit. Dennoch wird Außerschulische Bildung als eigenständiger Bildungsbereich von einer bestimmenden Perspektive überschattet, die auf Leistungsorientierung und institutionalisierte Lernorte



ausgerichtet ist.

Insbesondere der Freizeitbereich von Kindern und Jugendlichen wird im Koalitionsvertrag nicht als wichtiger Gestaltungs- und Erfahrungsraum der identitätsstiftenden Lebensphase Jugend anerkannt. Die Landesregierung sollte den Mut haben, non-formale Bildung sichtbar zu stärken und die freien Träger in zukunftsgerichtete Strategien wie etwa im Bereich Digitalisierung einzubeziehen.

### **Die Zukunft junger Menschen mit Gewissheit stärken**

Ähnlich ambivalent fällt die Bilanz im Bereich der Chancen- und Zukunftsgerechtigkeit aus. Positiv ist der geplante monatliche kostenfreie Eintritt für junge Menschen in Museen und Gedenkstätten sowie das Bekenntnis zu bezahlbarem Wohnraum, guten Lernbedingungen und Zukunftsaussichten für Studierende, Auszubildende und junge Fachkräfte. Zudem begrüßt der Landesjugendring die geplanten Maßnahmen gegen eine wachsende Jugendarbeitslosigkeit.

### **Zeitgleich bleibt der Koalitionsvertrag in zentralen Fragen unkonkret.**

Klimaschutz wird zunächst als sozial verträgliche Aufgabe benannt, verschwindet im weiteren Verlauf des Koalitionsvertrags jedoch aus dem Fokus. Bei Fragen der Mobilität und der Wohnungsmarktpolitik werden die Nöte junger Menschen zu wenig berücksichtigt. Kürzungen bei Infrastruktur, Klimaschutz, oder Bildung sparen heute Geld, verursachen aber höhere Folgekosten – vor allem für junge und kommende Generationen.

### **Selbstbestimmung durch verlässliche gestaltbare Räume fördern**

Die künftige Landesregierung hebt die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts positiv hervor. Dieser braucht geeignete Räume und Begegnungsorte, um auch einer wachsenden Vereinsamung entgegenzuwirken. Insbesondere junge Menschen benötigen verlässliche Orte zur freien Entfaltung, die sie eigenständig und ohne erwachsenen Einfluss gestalten kann. Politik muss Freiräume für Persönlichkeitsbildung stärken und junge Menschen auf dem Weg in die Selbstständigkeit unterstützen. Ebenso müssen diese Orte erreichbar sein, eine jugendgerechte Mobilitätswende ist unerlässlich. Gleichzeitig bleibt der Koalitionsvertrag insbesondere beim Thema Kinder- und Jugendbeteiligung hinter



den Erwartungen junger Menschen und einem bisher in Brandenburg gelebten Selbstverständnis zurück. Das Fehlen des Einsatzes für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz ist ein zentrales Beispiel hierfür.

### **Ressortübergreifende Unterstützung ehrenamtlichen Engagements**

Der Koalitionsvertrag erkennt die Bedeutung des Ehrenamts grundsätzlich an und verspricht ressortübergreifende Unterstützung, Bürokratieabbau sowie eine stärkere Ausrichtung der Lottomittel-Förderung. Letztere ist für kurzfristige und modellhafte Angebote der Jugendverbandsarbeit ein wichtiges Unterstützungsinstrument. Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sollen gebündelt und das Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden. Zudem begrüßt der Landesjugendring Brandenburg die Erweiterung des Sozialministeriums um den Bereich „gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Hier wird es zentrale Aufgabe sein, die Belange junger Menschen im Sinne einer Generationengerechtigkeit in einem geeigneten Maße zu berücksichtigen.

Unklar bleibt, wie junge Engagierte konkret unterstützt werden sollen. Instrumente wie die Stärkung der Juleica (Jugendleiter\*innen-Card) zur Qualitätssicherung, konkrete Maßnahmen wie Freistellungsmöglichkeiten für Schüler\*innen und Auszubildende, die Anerkennung von Engagement im Studium oder verlässliche Verdienstausschüttungen bleiben unerwähnt und zentrale Forderungen der Jugendverbände unerfüllt: Weder ein Deutschlandticket für Juleica-Inhaber\*innen noch freie Fahrt für Freiwilligendienstleistende finden Berücksichtigung. Ebenso fehlen Aussagen zum Ausbau von Personal in der Jugendbildung oder zur Qualifizierung von Fachkräften in der Jugendverbandsarbeit. Die Finanzierung des Landes im Bereich der Freiwilligendienste muss sich den aktuellen Entwicklungen und Förderungen auf Bundesebene anpassen und auch über die aktuelle EU-Förderperiode hinaus gesichert sein.

### **Vulnerable Gruppen junger Menschen nicht allein lassen**

Der Koalitionsvertrag setzt wichtige Akzente bei Kinder- und Jugendgesundheit, geschlechtersensibler Medizin und psychotherapeutischer Versorgung. Bei Inklusion und Vielfalt finden sich klare Bekenntnisse zu gleichberechtigter Teilhabe, zur Förderung von Vielfalt und zur Umsetzung bestehender Aktionspläne wie dem Aktionsplan „Queeres Brandenburg“.



Im Bereich Migration und Integration setzt die Koalition auf schnellere Anerkennung von Abschlüssen und eine frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt. Wichtige Fragen wie Familiennachzug, der Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten oder verlässliche Integrationsbudgets bleiben unbeantwortet. Aus jugendpolitischer Perspektive wäre hier ein stärkerer Fokus auf Bildung, Teilhabe und psychosoziale Unterstützung notwendig. Die vielfältigen Belastungen junger Menschen – etwa durch Krisen, Leistungsdruck oder soziale Unsicherheiten – werden kaum als zusammenhängende Herausforderungen betrachtet.

### **Gemeinsam für eine stabile demokratische Haltung**

Extremismus wird allgemein als Gefahr für gesellschaftlichem Zusammenhalt im Koalitionsvertrag erkannt, es fehlt jedoch eine klare Fokussierung auf die Gefahr des Rechtsextremismus, die vielerorts die größte Herausforderung für Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie darstellt. In diesem Bereich wünscht sich der Landesjugendring eine mutigere und verlässlichere Landesregierung als Partnerin im Kampf um demokratische Strukturen – insbesondere im Ausbau der Landesmittel für politische Bildung, Stärkung der Beratungsstrukturen, des Toleranten Brandenburgs sowie zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse.

### **Mehr Mut in der Verantwortungsübernahme**

Zusammenfassend enthält der Koalitionsvertrag aus Sicht des Landesjugendrings zahlreiche positive Ansatzpunkte. Der Anspruch der Koalitionspartner\*innen, Verantwortung für Brandenburg zu übernehmen, ist lobenswert - aber optimierbar, wenn es um die Berücksichtigung der Lebensrealitäten junger Menschen geht. Gerade an den Stellen, an denen echte Beteiligung ermöglicht und junge Menschen als eigenständige gesellschaftliche Akteur\*innen anerkannt werden müssten, bleibt der Vertrag hinter den Erwartungen an eine verantwortungsbewusste Landesregierung zurück.

**Pressekontakt:** Claire Dörfer | E-Mail: [claire.doerfer@ljr-brandenburg.de](mailto:claire.doerfer@ljr-brandenburg.de) |  
Tel.: 0331 – 62075 31

